

## Niederschrift

über die 29. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 14.11.2013  
(9. Wahlperiode)

## Tagesordnung

Seite

<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1</b> <b>Straßenumbenennung Hindenburgstraße, Meerbusch-Büderich</b> .....	5
<b>1.1</b> <b>Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 16.09.2013; Straßenbenennung der Hindenburgstraße, Meerbusch-Büderich Vorlage: ZD/661/2013</b> .....	6
<b>1.2</b> <b>Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 11. Juni 2013 betr. Straßenumbenennung Hindenburgstraße; TOP 2 HFWA vom 12. September 2013</b> .....	6
<b>1.3</b> <b>Antrag der FDP-Fraktion vom 29. Oktober 2013 betr. Straßenumbenennung Hindenburgstraße Vorlage: ZD/145/2013</b> .....	7
<b>2</b> <b>Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 25. September 2013 zur Einrichtung eines Bestattungswaldes nach dem FriedWald-Konzept im Meerer Busch Vorlage: SB11/665/2013</b> .....	7
<b>3</b> <b>Benennung von Erschließungsstraßen in Meerbusch-Osterath im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 266 " Meerbusch OSTARA " und 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 " Meerbusch-Osterath , Winklerweg / Wienweg " Vorlage: FB6/659/2013</b> .....	7
<b>4</b> <b>Energiebericht 2013 Vorlage: SIM/215/2013</b> .....	9
<b>5</b> <b>II. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch vom 08. Juli 2002 Vorlage: ZD/660/2013</b> .....	9
<b>6</b> <b>Vertretung des Schulträgers in den Schulkonferenzen bei den Wahlen der Schulleiterinnen oder der Schulleiter; dringliche Entscheidung Vorlage: FB3/662/2013</b>	10
<b>7</b> <b>Austausch von Fahrzeugen der Silbernen Flotte entsprechend dem Kraftfahrzeugkonzept Vorlage: SB11/666/2013</b> .....	10
<b>8</b> <b>Beratung des Haushaltes 2014 - Entwurf / 1. Lesung</b> .....	11
<b>9</b> <b>Anträge</b> .....	11

9.1	Antrag des Integrationsrates vom 29. Oktober 2013 betr. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung Vorlage: ZD/144/2013.....	11
9.2	Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Oktober 2013 betr. Feuerwehr Lank Vorlage: ZD/142/2013.....	12
10	Anfragen.....	13
10.1	Anfrage der UWG-Fraktion vom 27. Oktober 2013 betr. Erweiterung Sperrgebiet im Meerbuscher Stadtgebiet Vorlage: ZD/092/2013.....	13
10.2	Anfrage der UWG-Fraktion vom 27. Oktober 2013 betr. Tätigkeitsbericht Wirtschaftsförderung Immobilienmesse Expo-Real Vorlage: ZD/093/2013.....	13
11	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	14
12	Termin der nächsten Sitzung: 5. Dezember 2013.....	14
13	Verschiedenes.....	14
13.1	Teilspernung der Autobahnkreuzes Kaarst.....	14
13.2	Verkehrsprobleme in der Böhlersiedlung.....	15

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Dieter Spindler Bürgermeister

**von der CDU-Fraktion**

Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	anwesend ab TOP 3
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 1, 17.20 Uhr, Vertreterin für Ratsherrn Jürgens
Frau Angela Gröters	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 3, Vertreterin für Ratsherrn Damblon
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	anwesend ab TOP 1, 17.20 Uhr
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Herr Franz-Josef Radmacher	Ratsmitglied	
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	Vertreter für Ratsherrn Schleifer
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	
Herr Dr. Klaus Schmidt-Menschner	Ratsmitglied	
Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams	Ratsmitglied	

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Ilse Niederdellmann	Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied
--------------------------------	--------------

**Zentrum**

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
----------------------	--------------

**von der Verwaltung**

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Erste Beigeordnete
Herr Dr. Just Gérard	Technischer Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Heiko Bechert	Bereichsleiter Fachbereich 1
Herr Michael Betsch	Bereichsleiter Servicebereich 11
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprü- fungsamt
Herr Michael Gorgs	Pressereferat

Herr Claus Klein

Herr Ulrich Mombartz

Frau Gabriele Parschau

Frau Alice Wiegand

Herr Jürgen Wirtz

Bereichsleiter Service Immobilien

Personalrat

Gleichstellungsbeauftragte

Referentin des Bürgermeisters

Bereichsleiter Zentrale Dienste

**Schriftführer**

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

**von der FDP-Fraktion**

Herr Jörg Schleifer

Ratsmitglied

## Öffentliche Sitzung

### 1 Straßenumbenennung Hindenburgstraße, Meerbusch-Büderich

Ratsfrau Dr. Schomberg regt an, zunächst über den unter TOP 1.3 aufgeführten Antrag der FDP-Fraktion zu beraten und abzustimmen und sich dann den beiden Bürgeranregungen zuzuwenden.

Bürgermeister Spindler schlägt hierzu vor, zunächst insgesamt über die Angelegenheit zu beraten. Eine Reihenfolge der Abstimmung zu den einzelnen Tagesordnungspunkten werde sich dann voraussichtlich ergeben. Der Ausschuss ist hiermit einverstanden.

Anschließend erhält dann Herr Euler Gelegenheit seine Bürgeranregung zu erläutern. Diese Gelegenheit nimmt er wahr und erläutert in einer kurzen Darstellung die Vorteile der Anbringung eines Zusatzschildes unter den vorhandenen Straßenschildern. Dies ermögliche eine Auseinandersetzung mit der historischen Bedeutung der Person Paul von Hindenburgs und verursache jedoch nur geringe Kosten.

Im Anschluss erläutert Herr Thieme die Gründe, die für eine zwingende Umbenennung der Hindenburgstraße sprechen. Die seinerzeitige Straßenbenennung sei im Mai 1933 erfolgt, also zu Zeiten des Nazi-Regimes, das zu dieser Zeit eine ihr wohlgefällige Person als Vorbild ehren wollte. Hindenburg habe seine damalige Macht als Reichspräsident zur Rettung der Demokratie nicht genutzt und sei aus heutiger Sicht als Antidemokrat zu bezeichnen. Nach dem zweiten Weltkrieg habe die damalige Gemeinde Büderich eine Rücknahme der Benennung der Straße nach Paul von Hindenburg im Rahmen der von den Alliierten geforderten Umbenennung von Straßen und Plätzen nach Nationalsozialisten nicht vorgenommen. Die Unterlassung der Umbenennung sei rechtswidrig erfolgt. Eine Korrektur dieses Unterlassens sei jedoch jetzt im Rahmen einer kritischen Hinterfragung einer Erinnerungskultur möglich. Paul von Hindenburg sei kein Vorbild, das mit einer Straßenbenennung zu ehren sei. Insgesamt bitte er um eine inhaltliche Diskussion des Themas, bei der eine Reduzierung auf eine mögliche Kostengünstigkeit durch Anbringung eines Zusatzschildes unangebracht sei.

Ratsherr Rettig erläutert den Antrag seiner Fraktion. Bei dem Thema sollte eine stärkere Beteiligung der Bürger erfolgen. Dies könne durch eine gemeinsame Veranstaltung des Ausschusses mit Bürgern erfolgen, bei der die Bürger ein Rederecht haben sollten. Zur Darstellung der Problematik solle ein Experte eingeladen werden. Die Kosten hierfür halte er für überschaubar.

Bürgermeister Spindler erläutert den Vorschlag der Verwaltung, die in der Bürgeranregung von Herrn Euler einen guten Kompromiss sehe.

In der anschließenden Diskussion folgen die Ratsherren Peters, Neuhausen und Staudinger-Napp dem Antrag der FDP-Fraktion. Die beiden Bürgeranträge sollten zunächst zurückgestellt werden. Eine Entscheidung solle im Anschluss an eine Bürgerveranstaltung erfolgen. Ratsfrau Niederdellmann äußert ergänzend, dass eine Bürgerveranstaltung eher geeignet sei, eine Auseinandersetzung mit dem Thema Paul von Hindenburg zu ermöglichen, als eine bloße Anbringung eines Zusatzschildes unter dem Straßenschild.

Ratsfrau Kox und Ratsherr Wartchow äußern demgegenüber Zweifel, ob sich die derzeit bestehenden unterschiedlichen Auffassungen nach einer solchen Veranstaltung ändern werden. Bereits die Auswahl eines Referenten sei schwierig und könne einseitig eine Auffassung unterstützen. Das Thema sei zu sehr emotional besetzt, um zu einem Meinungsumschwung kommen zu können. Vor diesem Hintergrund stelle die Bürgeranregung von Herrn Euler einen guten Kompromiss dar.

Anschließend lässt Bürgermeister Spindler über die Vertagungswünsche zu den beiden Bürgeranregungen sowie über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

**1.1 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 16.09.2013;  
Straßenbenennung der Hindenburgstraße, Meerbusch-Büderich  
Vorlage: ZD/661/2013**

**Beschluss:**

Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP	4		
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>10</b>	<b>8</b>	

**1.2 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 11. Juni 2013 betr. Straßenumbenennung Hindenburgstraße;  
TOP 2 HFWA vom 12. September 2013**

**Beschluss:**

Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP	4		
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>10</b>	<b>8</b>	

- 1.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 29. Oktober 2013 betr. Straßenumbenennung Hindenburgstraße**  
**Vorlage: ZD/145/2013**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Straßenumbenennung, insbesondere zur Umbenennung der Hindenburgstraße, durchzuführen, bei der sowohl die Ausschussmitglieder teilnehmen als auch Bürger sich aktiv beteiligen können (Rederecht).

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP	4		
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>10</b>	<b>8</b>	

- 2 Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 25. September 2013 zur Einrichtung eines Bestattungswaldes nach dem FriedWald-Konzept im Meerers Busch**  
**Vorlage: SB11/665/2013**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss des Rates verweist den Antrag gem. § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert die Zuständigkeit des Bau- und Umweltausschusses und begrüßt als Vertreter der Petenten Herrn von der Leyen. Dieser verzichtet unter Hinweis auf die in Kürze anstehende Beratung im Bau- und Umweltausschuss auf eine weitere Erläuterung des Antrages.

- 3 Benennung von Erschließungsstraßen in Meerbusch-Osterath im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 266 " Meerbusch OSTARA " und 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 " Meerbusch-Osterath , Winklerweg / Wienweg "**  
**Vorlage: FB6/659/2013**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, die im Bebauungsplan Nr. 266 und Nr. 60 festgesetzten Planstraßen wie folgt zu benennen:

Planstraße 1 und 6	“Hölssig-Straße”
Planstraße 2	“Matthias-Grathes-Straße”
Planstraße 3	“Tonstraße”
Planstraße 4	“Werkstraße”
Planstraße 5	“Mosaikstraße”
Planstraße 7	“Marie-Curie-Straße“

### **Abstimmungsergebnisse:**

#### 1. Planstraßen 1 und 6: Antrag der FDP-Fraktion „Mosaikstraße“

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP	4		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>11</b>	

#### 2. Planstraße 2: Antrag der FDP-Fraktion „Werkstattstraße“

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP	4		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>11</b>	

#### 3. Planstraße 4: Antrag der FDP-Fraktion „Ostaraallee“

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP	4		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>11</b>	

#### 4. Planstraße 5: Antrag der FDP-Fraktion „Am Tunnelofen“

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP	4		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>11</b>	

Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

5. Beschlussvorschlag Verwaltung:

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	7		
FDP			4
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG			1
Bürgermeister	1		
<b>Gesamt</b>	<b>13</b>		<b>5</b>

Bürgermeister erläutert die Beratungsvorlage unter Hinweis auf die bisher vertagte Beratung.

Ratsherr Rettig beantragt, die Planstraßen 1 und 6 „Mosaikstraße“ zu nennen, die Planstraße 2 „Werkstattstraße“, die Planstraße 4 „Ostaraallee“ und die Planstraße 5 „AmTunnelofen“ zu nennen. Die Anträge werden abgelehnt.

Ratsfrau Niederdellmann weist darauf hin, dass die Benennungsvorschläge wie zuvor abgestimmt von Vertretern von Pro Osterath e.V. und dem Arbeitskreis ehemaliger Ostara-Mitarbeiter erarbeitet wurden und es daher dabei bleiben sollte.

**4 Energiebericht 2013**  
**Vorlage: SIM/215/2013**

Der Ausschuss nimmt den ausführlichen Bericht von Herrn Klein zur Kenntnis. Herr Klein erläutert anhand von zusammenfassenden Folien, die der Niederschrift als Anlage beigefügt sind, die Entwicklung der einzelnen Energiearten und gibt einen Ausblick auf zukünftige Schwerpunkte. Im Ergebnis sei für das Jahr 2013 im Vergleich zu den Vorjahren nur eine geringe Verbesserung der Verbrauchswerte erreicht worden. Für die Zukunft empfehle er verstärkte Bemühungen im Bereich der energetischen Sanierungen, eine verstärkte Nutzung innovativer Energieerzeuger wie z.B. BHKWs und einen erhöhten Einsatz von regenerativen Energieträgern. Im Anschluss an seinen Bericht beantwortet er Fragen aus dem Ausschuss zu einzelnen Einsparmöglichkeiten.

**5 II. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch vom 08. Juli 2002**  
**Vorlage: ZD/660/2013**

**Beschluss:**

Der Haupt- Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die als Anlage beigefügte II. Änderungssatzung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch zu beschließen.

**Abstimmungsergebnisse:**

1. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Gebührenfreiheit bei der Beglaubigung von Schulzeugnissen auf Leistungsempfänger nach SGB II und XII ausdehnen.

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP			4
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>2</b>	<b>12</b>	<b>4</b>

2. Verwaltungsvorlage mit Änderung der Gebührensiffer 04.63.1 Akteneinsicht in Haus- bzw. Bauakte auf 18,50 € je angefangene halbe Stunde:  
einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert die Beratungsvorlage und beantwortet gemeinsam mit Herrn Wirtz Fragen zu einzelnen Gebührenstellen.

Ratsherr Peters beantragt, die Gebührenbefreiung für die Beglaubigung von Schulzeugnissen auf Leistungsempfänger nach SGB II und XII auszudehnen. Der Antrag wird abgelehnt.

Ratsherr Dr. Schumacher-Adams beantragt, den Gebührensatz für die Einsichtnahme in Bau- bzw. Hausakten nach kaufmännischer Rundung auf 18,50 € anzuheben. Dem Antrag wird gefolgt.

**6 Vertretung des Schulträgers in den Schulkonferenzen bei den Wahlen der Schulleiterinnen oder der Schulleiter; dringliche Entscheidung**  
**Vorlage: FB3/662/2013**

**Beschluss:**

Der Hauptausschuss beschließt im Rahmen der dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 S. 1 Gemeindeordnung NRW, Herrn Michael Bertholdt für die Nachfolge von Frau Schmidt als weiteren beratenden Vertreter des Schulträgers gem. § 61 Abs. 2 Schulgesetz NRW für die Wahl der Schulleiterinnen oder der Schulleiter in die entsprechenden Schulkonferenzen zu benennen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Die Benennung erfolgt auf Vorschlag von Rats Herrn Rettig.

**7 Austausch von Fahrzeugen der Silbernen Flotte entsprechend dem Kraftfahrzeugkonzept**  
**Vorlage: SB11/666/2013**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftige Ersatzbeschaffungen von Kfz der Silbernen Flotte einzel-fallbezogen zu überprüfen und ausschließlich nach der technischen Notwendigkeit vorzunehmen, ohne Berücksichtigung des mit dem Kraftfahrzeugkonzept beschlossenen Austausches im 5-Jahres-Zyklus. Somit wird die bestehende Beschlussfassung in diesem Punkt zurückgenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert die bereits in der Beratungsvorlage dargestellten Gründe, aus Spar-  
samkeitsgründen den in der bisherigen Konzeption beschlossenen Austauschzyklus zu verlassen.  
Dieser Darstellung schließt sich der Ausschuss an.

## **8 Beratung des Haushaltes 2014 - Entwurf / 1. Lesung**

Die Beschlussfassung wird zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse und Fraktionen verwiesen.

Herr Fiebig berichtet, nach den derzeitigen Informationen werde die Abundanzumlage (Kommunal-  
Soli) von ursprünglich 2,321 Mio. € für die Stadt Meerbusch auf 1,161 Mio. € jährlich gesenkt, aller-  
dings über einen Zeitraum für weitere 2 Jahre, d.h. dann für 9 Jahre. Dies führe durch die erforderliche  
Berücksichtigung der Kreditierungskosten zu einer Belastung von 1,416 Mio. € jährlich. Da der  
Beschluss des entsprechenden Gesetzes und des Einheitslastenabrechnungsgesetzes durch den  
Landtag voraussichtlich erst am 18.12.2013 erfolge, die Verabschiedung des städtischen Haushalts  
jedoch bereits am 19.12.2013 erfolgen soll, seien die Abundanzumlage und die zu erwartenden Ein-  
nahmen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz insgesamt nicht im Haushalt berücksichtigt.

Der Betrag für die Kreisumlage steige voraussichtlich um 850.000 € auf dann 24,3 Mio. €. Die Regi-  
onalisierung der Steuerschätzung, die eine Aussage zu den städtischen Anteilen ermögliche, sei für  
Ende November 2013 angekündigt.

Für die Maßnahme „Erneuerung der Serverfarm“ sei noch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gem.  
§ 14 GemHVO erforderlich. Diese konnte aus technischen Gründen bisher nicht gefertigt werden,  
wird der Niederschrift jedoch als Anlage beigefügt.

Anschließend beantwortet Herr Fiebig eine Nachfrage von Rats Herrn Rettig zur Berücksichtigung  
einer Rückstellung für eine mögliche Besoldungsnachzahlung aufgrund von Widersprüchen gegen  
die ausgebliebene Erhöhung der Bezüge im Vergleich zum Verzicht auf Veranschlagung der Abun-  
danzumlage.

Rats Herr Staudinger-Napp kritisiert die geplante Verabschiedung eines Doppelhaushaltes durch den  
Kreis, die den im kommenden Jahr neu zu wählenden Kreistag unnötig binde und bittet um eine  
Stellungnahme des Bürgermeisters hierzu.

Bürgermeister Spindler erklärt, dass dies in der Souveränität des Kreistages liege und daher dessen  
Angelegenheit sei. Die Höhe der Kreisumlage hänge im Wesentlichen auch von der Höhe der Land-  
schaftsverbandsumlage ab, die der Kreis zu tragen habe. Für die Kommunen sei eine Planungssicher-  
heit von 2 Jahren sinnvoll.

## **9 Anträge**

### **9.1 Antrag des Integrationsrates vom 29. Oktober 2013 betr. Interkulturelle Öffnung der Verwal- tung Vorlage: ZD/144/2013**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, das Thema „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ in das Personalentwicklungskonzept aufzunehmen. Ferner beschließt der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, der Verwaltung den Auftrag für die Erstellung eines Vorschlages für eine interne Bestandsaufnahme zu diesem Thema zu erteilen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeister Spindler erklärt, die Verwaltung werde zu dem Thema in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses ein Konzept vorlegen. Dabei gehe er davon aus, dass die Mitarbeiterschulungen zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ fortgeführt werden und eine Ermittlung der Beschäftigten mit Migrationshintergrund nach Geburtsort und Nationalität aus dem Personalabrechnungsverfahren erfolge. Auf welchem Weg Fremdsprachenkenntnisse der Beschäftigte zu ermitteln seien und welche Maßnahmen zur Steigerung der Bewerberquote von Menschen mit Migrationshintergrund möglich seien, müsse jedoch noch geklärt werden. Der Ausschuss ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

### **9.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Oktober 2013 betr. Feuerwehr Lank Vorlage: ZD/142/2013**

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Feuerwehr zu prüfen, ob der jetzige Standort der Lanker Feuerwehr (Mühlenstraße) durch bauliche Maßnahmen in der Zukunft soweit optimiert werden kann, dass ein Umzug zur Uerdinger Str./Rottstraße überflüssig wird. Wenn dies der Fall wäre, soll die Vorratsfläche an der Uerdinger Str./Rottstraße einer anderen baulichen Verwendung zugeführt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Herr Klein erläutert zunächst, dass nach bisherigen Überlegungen für die zukünftige Unterbringung des Löschzuges Lank ein Grundstück an der Rottstraße für einen Neubau reserviert sei. Ein rechtskräftiger Bebauungsplan mit Ausweisung des Grundstückes als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Feuerwehr liege für dieses Grundstück vor. Planerische Vorüberlegungen hätten nunmehr ergeben, dass es möglich sei, das bestehende Feuerwehrgerätehaus am Standort Kemper Allee / Mühlenstraße zu erhalten, umzubauen und den heutigen Sicherheitsanforderungen entsprechend umzurüsten. Hierzu sei die Einbeziehung der heute im Gebäude noch vorhandenen Mietwohnung für Feuerwehrzwecke notwendig. Sofern beabsichtigt sei, den Löschzug Lank auch zukünftig am alten Standort zu belassen, müsste der Brandschutzbedarfsplan im Rahmen einer Überarbeitung entsprechend angepasst werden. Infolgedessen könnte der Bebauungsplan Rottstraße geändert und das dort zurzeit freigehaltene Grundstück veräußert werden. Weiterhin sollte die zurzeit leerstehende Wohnung bis zur Durchführung der Umbaumaßnahme freigehalten werden, es sei denn, ein Mieterinteressent aus Kreisen der Feuerwehr erkläre sich bereit, die Wohnung anzumieten. Dies sei allerdings trotz intensiver Bemühungen bisher allerdings nicht der Fall gewesen. Die Wehrführung habe sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden erklärt.

Ratsherr Rettig fragt nach, ob der vorgeschlagene Umbau hinsichtlich der Kosten günstiger als der bisher geplante Neubau an der Rottstraße sei. Dies wird von Herrn Klein bestätigt. Während die Ratsherren Peters und Neuhausen für ihre Fraktionen der Umbauvariante zustimmen äußert Ratsherr Radmacher Kritik an dem nunmehr erfolgten Meinungswandel.

Bürgermeister Spindler führt hierzu aus, dass dies Wunsch der Feuerwehr sei. Ratsherr Jürgens erläutert hierzu ergänzend, dass nach Aufzeichnungen der Feuerwehr die Ausrückzeiten des Löschzuges vom Standort Mühlenstraße günstiger seien als von dem bisher geplanten Standort an der Rottstraße. Dies liege im Wesentlichen an der Verkehrsbelastung der Uerdinger Straße.

## **10      Anfragen**

### **10.1      Anfrage der UWG-Fraktion vom 27. Oktober 2013 betr. Erweiterung Sperrgebiet im Meerbuscher Stadtgebiet Vorlage: ZD/092/2013**

Herr Bechert beantwortet die Anfrage wie folgt:

Derzeit seien 2 Standorte der Prostituierten festzustellen. Es handele sich hierbei um die Einfahrt zum Umspannwerk an der Uerdinger Straße zwischen Strümp und Lank-Latum und um den Parkplatz gegenüber dem Strümp Friedhof. Festzustellen sei, dass hierdurch keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bestehe und daher auch ein Verbot nicht möglich sei. Nach Rückfrage bei der Bezirksregierung sei eine Ausweitung des Sperrbezirks auf das gesamte Stadtgebiet nicht möglich. Hierzu müssten Teile, in denen eine tatsächliche Gefährdung vorliegen könne, ausgewiesen werden. Die Argumentation, die beiden Standorte liegen an Schulwegen, sei nicht ausreichend, da letztlich jeder Weg im Stadtgebiet ein potentieller Schulweg für die entsprechenden Anwohner sei.

Ratsherr Staudinger-Napp kritisiert diese Haltung der Stadt, die es ermögliche, dass die vorwiegend jungen Frauen, die dort ihre Dienste anbieten, weiterhin u.U. ausgebeutet werden können.

Herr Bechert entgegnet hierzu, dass sich eine erfahrene Mitarbeiterin des Ordnungsbereichs um die Frauen kümmere und sie hinsichtlich möglicher Gefahren befragt habe.

Ratsherr Neuhausen sieht an den genannten Standorten durchaus Unfallgefahren, da Autofahrer dort u.U. unvermittelt ihre Geschwindigkeit verringern und es zu vermehrten Auffahrunfällen kommen könne. Herr Bechert antwortet hierzu, dass diese unvermittelten Geschwindigkeitsreduzierungen bisher nicht festgestellt werden konnten.

Auf entsprechende Nachfrage von Ratsherrn Müller erläutert Herr Bechert weiter, dass die betroffenen Frauen EU-Bürgerinnen und ihn Krefeld gemeldet seien und insofern weder Aufenthalts- noch Arbeitserlaubnis benötigen.

### **10.2      Anfrage der UWG-Fraktion vom 27. Oktober 2013 betr. Tätigkeitsbericht Wirtschaftsförderung Immobilienmesse Expo-Real Vorlage: ZD/093/2013**

Bürgermeister Spindler beantwortet die Anfrage:

Die Organisation des Messeauftritts erfolge durch die Standort Niederrhein GmbH, deren Gesellschafter die Städte Mönchengladbach und Krefeld und die Kreise Viersen, Rhein-Kreis Neuss, Wesel und Kleve seien. Die Standort Niederrhein GmbH übernehme sämtliche Kosten des Messeauftritts, so dass für die Meerbuscher Vertreter, dies seien in der Regel der Bürgermeister und die Wirtschaftsförderin, lediglich Messeintritt sowie Reise- und Übernachtungskosten anfielen. Für alle beteiligten Kommunen sei klar, dass eine Darstellung der Region, aber auch jeder einzelnen Kommune selbst, als Wirtschaftsstandort auf der Messe notwendig sei, um das Interesse auf sich zu lenken. Insofern könne auf eine Teilnahme nicht verzichtet werden, auch wenn sich konkrete Ergebnisse direkt aus dem Messeauftritt nicht darstellen lassen.

Für Ratsherrn Staudinger-Napp wäre jedoch gerade eine solche Darstellung konkreter Ergebnisse aus der Messepräsentation wünschenswert.

Ratsherr Rettig bittet in diesem Zusammenhang, die Darstellung der Gewerbegrundstücke auf der städtischen Internetseite vom Zugangsschutz durch ein Passwort zu befreien.

## **11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Herr Bechert berichtet des Weiteren über die Zusammenarbeit der Stadt mit der Polizei im Kriminalpräventiven Rat. Derzeit stehen insbesondere Aktionen im Zusammenhang mit Wohnungseinbrüchen und deren Verhinderung im Vordergrund. Insgesamt gestalten sich die Zusammenarbeit mit der Polizei sehr gut.

Bürgermeister Spindler berichtet, der Landrat des Rhein-Kreises Neuss habe den Wahltermin für die Neuwahl des Bürgermeisters festgelegt. Diese erfolge nunmehr zusammen mit der Europawahl und der Kommunalwahl am 25.05.2014. Eine evtl. erforderliche Stichwahl werde am 15.06.2014 stattfinden. Sein letzter Dienstag sei der 22. Juni 2014.

Unter Hinweis auf den hohen Arbeitsaufwand bei der Auszählung der unterschiedlichen Wahlen bittet Ratsherr Rettig um personelle Aufstockung der Wahlvorstände.

## **12 Termin der nächsten Sitzung: 5. Dezember 2013**

Die nächste Sitzung findet am 5. Dezember 2013 statt. Aufgrund der anstehenden umfangreichen Haushaltsberatungen wird die Sitzung **bereits um 15.00 Uhr beginnen**.

## **13 Verschiedenes**

### **13.1 Teilspernung der Autobahnkreuzes Kaarst**

Ratsherr Damblon bittet um Auskunft, ob und auf welche Weise die Stadt über die anstehende Teilspernung des Kaarster Kreuzes und mögliche Verkehrslenkungsmaßnahmen informiert worden sei.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard erklärt hierzu, dass die Stadt nicht formell informiert oder beteiligt wurde und er hierüber lediglich durch die Darstellung in der Presse Kenntnis habe.

### **13.2 Verkehrsprobleme in der Böhlersiedlung**

Ratsfrau Niederdellmann weist auf die derzeit zum wiederholten Mal auftretenden starken Verkehrsprobleme in der Böhlersiedlung hin, die sich derzeit wohl insbesondere durch die Errichtung eines Supermarktes am Hessenweg ergeben. Da in Kürze mit dem Bau des geplanten Kindergartens am Laacher Weg begonnen werde, befürchte sie eine wesentliche Verschlimmerung des Zustandes. Hier seien Entlastungsmaßnahmen zu prüfen. In diesem Zusammenhang ergebe sich die Frage, wann die Verlängerung der Böhlerstraße umgesetzt werde.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard erklärt hierzu, die Maßnahme sei im Haushalt 2014 der Stadt Düsseldorf enthalten und werde daher voraussichtlich im kommenden Jahr begonnen. Bürgermeister Spindler ergänzt, dass die Bedeutung der Verlängerung der Böhlerstraße unstrittig, ein weiteres Einwirken auf die Stadt Düsseldorf zu einer schnelleren Umsetzung des Projekts aber keine Aussicht auf Erfolg verspreche.

Ratsherr Staudinger-Napp erinnert an einen Antrag seiner Fraktion zur Einrichtung eines Halteverbots auf der Römerstraße, um dort den Verkehrsfluss zu verbessern. Derzeit sei wieder einmal festzustellen, dass die dort verkehrende Buslinie 830 aufgrund der Verkehrsbelastung dieser Straße den Fahrplan nicht einhalten könne. Dies führe zu einer unnötigen Belastung der Fahrgäste, die auch auf die pünktliche Einhaltung von Anschlussverbindungen angewiesen seien.

Meerbusch, den 19. November 2013

---

Dieter Spindler  
Bürgermeister

---

Wolfram Olbertz  
Schriftführer/in